



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/1155

Arbeiterwohlfahrt

Bezirksverband Niederrhein e.V. Düsseldorf

Der Geschäftsführer

Arbeit:

An die
Präsidentin
des Landtages v
Frau Ingeborg Friebe
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf 1

Geschäftsstelle:

Lützowstraße 32
4300 Essen 1
☎ 02 01 / 31 05 - 0
Telefax 02 01 / 31 05 - 253

Auskunftsstelle:
Durchwahl: 02 01 / 31 05 -

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

kne/hes

26. November 1991

RESOLUTION

der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V. zum Landesjugenplan

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

der Vorstand der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V. hat eine Resolution an die im Landtag von Nordrhein-Westfalen vertretenen Fraktionen gerichtet.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Resolution entsprechend weiterleiten würden.

Ich erlaube mir, Ihnen die erforderliche Anzahl von Kopien beizulegen.

Mit freundlichem Gruß
ARBEITERWOHLFAHRT
Bezirksverband Niederrhein e.V.

i.V.

Erwin Knebel

ARBEITERWOHLFAHRT

Bezirksverband Niederrhein



Der Vorstand der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V. beschließt folgende

R E S O L U T I O N

Die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V. fordert die Landesregierung auf, die beabsichtigte Kürzung des Landesjugendplans von DM 2,5 Mio. im Jahre 1992 nicht vorzunehmen. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, auch die geplanten Einsparungen bis zum Jahre 1995 in der Höhe von DM 4 Mio./Jahr zurückzunehmen.

Stattdessen soll der Landesjugendplan in seiner Substanz erhalten bleiben und jährlich entsprechend der tariflichen Steigerungsrate erhöht werden.

Die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein e.V. fordert darüberhinaus den Landtag und insbesondere die sozialdemokratische Landtagsfraktion auf, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 1992 entsprechenden Kürzungsvorschlägen nicht zu folgen.

Begründung:

Angesichts der vorgesehenen Kürzungen muß festgestellt werden, daß die Äußerungen in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau, eine Umstrukturierung des Landesjugendplanes im Sinne einer Qualifizierung durchzuführen, sich jetzt als Legitimation für massive Kürzungen herausstellt.

Diese Kürzungen und in den Vorjahren nicht berücksichtigte Steigerungen in den Tariferhöhungen, bedeuten den massiven Abbau von Strukturen in der Jugendhilfe. Damit wird die Jugendhilfe der Freien Träger und der Jugendverbände in NRW in ihrer Substanz gefährdet.

Der Rückgang des Bevölkerungsanteils von jungen Menschen bedeutet nicht, daß sich Aufgabenstellungen in der Jugendhilfe reduziert hätten.

Gerade die Veränderungen in der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen (z.B. Zunahme von Risiken und Gefährdungen) erfordern stattdessen ein Mehr an Aktivitäten der Jugendhilfe.

Das Anforderungsprofil an die Jugendhilfe ist deutlich gestiegen. Es müssen deutlich mehr integrative Aufgabenstellungen durch die Jugendhilfe wahrgenommen werden.

Außerdem ist ein drastischer Anstieg bei der Nachfrage an Beratung und konkreter Hilfe festzustellen.

Jugendhilfe war schon immer eine Investition in die Zukunft und hat durch ihren integrativen und präventiven Auftrag die Gesellschaft von zusätzlichen Kosten langfristig entlastet.

Essen, den 19.11.1991